Sozialausschuss Protokoll Nr. SOA/03/2014

über die öffentliche Sitzung des Sozialausschusses am 08.04.2014, Ahrensburg, Peter-Rantzau-Haus, Manfred-Samusch-Str. 9, Saal

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr Ende der Sitzung : 21:20 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Frau Doris Brandt

Stadtverordnete

Herr Claas-Christian Dähnhardt Herr Bela Randschau

Herr Michael Stukenberg

Bürgerliche Mitglieder

Herr Uwe Gaumann

Frau Nina Holers ab 19:45 Uhr, TOP 1

Herr Claus Rowetter

Frau Gabriela Schwintzer

Herr Wolfdietrich Siller i. V. f. StV Levenhagen

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Peter Egan Herr Jochen Proske

Frau Anna Braun Kinder- und Jugendbeirat

Herr Georg Harz Seniorenbeirat

Sonstige, Gäste

Frau Anette Schmitt Geschäftsführerin AWO Soziale

Dienstleistungen gGmbH

Frau Susanne Manawi AWO Kinderhuus Am Reesenbüt-

tel

Frau Manuela Maack AWO Kinderhuus Am Reesenbüt-

tel

Frau Sabine Knuth Schulleiterin der Grundschule Am

Reesenbüttel

Verwaltung

Herr Thomas Reich Herr Frank Ropers Frau Cornelia Beckmann Frau Anja Gust FBL II FDL Jugendpflege FDL Kindertageseinrichtungen Protokollführerin

Entschuldigt fehlt/fehlen

Stadtverordnete

Herr Detlef Levenhagen

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1.	Einwohnerfragestunde	
2.	Festsetzung der Tagesordnung	
2.1.	Verpflichtung eines neuen Ausschussmitgliedes	
3.	Feststellung der Beschlussfähigkeit	
4.	Einwände gegen die Niederschrift Nr. 02/2014 vom 11.03.2014	
5.	Grundschule Am Reesenbüttel - Fortsetzung des Ersatz- und Ausbauprogramms: Errichtung eines kombinierten Klassen-/Hortraumtraktes auf der Fläche des jetzigen Altbaus - Festlegung des Raumprogramms	2014/031
6.	Nutzung des Grundstücks Rudolf-Kinau-Str. 13 bis 17 für die Hortbetreuung	2014/027
7.	Auswertung der Elternbefragung zum Bedarf an nachschulischer Betreuung ab der 5. Klassenstufe	2014/002
8.	Kenntnisnahmen	
8.1	Sachstand Asylbewerber in Ahrensburg	
8.2	Kita Adolfstraße/Sachstand nachbarschaftliche Beschwerde	
8.3	Gruppenerweiterung am Hort Am Aalfang	
8.4	Verwendungsnachweis der Seniorenarbeit im Tobias Haus	
8.5	Grundsteinlegung Kita Erlenhof	
8.6	Gründung von Familienzentren	
9.	Verschiedenes	
9.1	Fragen zur Containerbeschaffung	
9.2	Demotag der Vereinigung "Wir sind Bürger"	
9.3	Neuer Standort DRK	
9.4	Erhöhung der Kitabeiträge	

1. Einwohnerfragestunde

Herr Hansen stellt sich als Elternvertreter der Kita Stadtzwerge vor. Er berichtet, dass auf dem Gelände der Stadtzwerge II, die in der Fritz-Reuter-Schule untergebracht sind, nur ein Spielgerät zur Verfügung steht. Nach Wünschen der Eltern wären diese bereit, sich an der Anschaffung eines weiteren Spielgerätes für die Kinder zu beteiligen. Voraussetzung für die Aufstellung wäre jedoch die Erweiterung des Außenspielgeländes und der Einfriedung durch einen Zaun. Er bittet die Verwaltung um Unterstützung. Die Verwaltung berichtet, dass die Idee bereits aufgegriffen wurde und mit den zuständigen Fachabteilungen der Stadtverwaltung abgestimmt wurde. Zurzeit werden vom Bauhof die Kosten hierfür kalkuliert. Die Verwaltung ist bemüht, entsprechenden Vorschlag zeitnah umsetzen zu können.

Frau Kolb von der Beratungsstelle für Frauen und Mädchen berichtet, dass die Beratungsstelle in der vergangenen Woche ihr 20-jähriges Bestehen gefeiert hat und neue Räume in der Waldstraße 12 in Ahrensburg bezogen hat. Die neuen Räume wurden von der Stadt angemietet. Die Miete ist ca. 200 € höher als die bisherige Miete in der Großen Straße. Zeitgleich ging dem Verein der Zuschussbescheid der Stadt zu und mit Bestürzung stellte der Verein fest, dass der Zuwendungsbetrag von bisher 4.600 € um 10 % auf 4.140 € gekürzt worden war. Die Kostensteigerung bei gleichzeitigem Einnahmeverlust kann von dem Verein nicht aufgefangen werden, deshalb bittet der Verein um Unterstützung.

Die Verwaltung erklärt hierzu, dass die Kürzung mit dem Haushalt 2014 beschlossen worden war. Auch ein Widerspruch gegen den Zuwendungsbescheid könnte von der Verwaltung auf der Grundlage des Haushaltsbeschlusses nicht anders beschieden werden. Ein Mitglied des Sozialausschusses regt an, der Verein möge alle Fraktionen anzuschreiben. Auf der Basis eines neuen Antrages könne sich der Sozialausschuss noch einmal mit der Thematik beschäftigen. Ebenso könne der Verein den Finanzausschuss anschreiben und beantragen, die Miete der neuen Geschäftsräume ggf. zu reduzieren.

Herr Neumeier stellt sich als Nachbar des Grundstücks Rudolf-Kinau-Straße vor. Er möchte wissen, wer im Falle der Horteinrichtung künftig sein Ansprechpartner sei. Er erklärt, dass es in der Vergangenheit kein gutes nachbarschaftliches Verhältnis mit der Kirche gab. Nun hofft er, dass die Stadt als evtl. neuer Nutzer sich hinsichtlich seiner Wünsche zu Lärm- und Sichtschutz entgegenkommender zeigt, womit er nicht sagen möchte, dass er spielende Kinder als Lärmbelästigung empfindet.

Die Verwaltung erklärt hierzu, dass sie im begründeten Fall als Gesprächspartner zur Verfügung steht.

Herr Hansen vom Förderverein der Kirchengemeinde stellt sich ebenfalls vor. Als Nutzer der Johanniskirche wünscht er sich ebenfalls mit den zukünftigen Nutzern des Gemeindezentrums ein gutes nachbarschaftliches Miteinander. Er konkretisiert sein Anliegen mit der Mitbenutzung der Toilettenanlagen im Gemeindezentrum sowie der Mitnutzung der Räumlichkeiten im Einzelfall zum Wohl der Stadtteilgemeinde. Er teilt mit, dass ihm hier ein Entgegenkommen signalisiert worden sei. Der Sozialausschuss und die Verwaltung nehmen Kenntnis.

Frau Ausspitzer, Mitinitiatorin der durchgeführten Elternumfrage hat das Anliegen, dass die Konzeption der Betreuungsangebote an einer offenen Ganztagsschule auch auf die Bedarfe von Gymnasialschülern abgestimmt wird.

Die Verwaltung erklärt hierzu, dass entsprechende Konzeptionen mit der jeweiligen Schule erarbeitet werden sollen. Derzeit steht die Stellungnahme der Stormarnschule noch aus.

2. Festsetzung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird mit Punkt 2.1 um die Verpflichtung eines neuen Ausschussmitgliedes erweitert.

2.1. Verpflichtung eines neuen Ausschussmitgliedes

Herr Wolfdietrich Siller wird als neues stellvertretendes Mitglied im Sozialausschuss per Handschlag durch die Ausschussvorsitzende verpflichtet.

3. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

4. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 02/2014 vom 11.03.2014

Einwände gegen die Niederschrift werden nicht erhoben. Auf Nachfrage erläutert die Verwaltung noch einmal kurz die dargestellten Zahlen der Platzwartelisten.

5. Grundschule Am Reesenbüttel

- Fortsetzung des Ersatz- und Ausbauprogramms: Errichtung eines kombinierten Klassen-/Hortraumtraktes auf der Fläche des jetzigen Altbaus
- Festlegung des Raumprogramms

Die Ausschussvorsitzende führt in die Thematik und berichtet, dass der Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss das vorgelegte Raumprogramm sehr gelobt und einstimmig beschlossen habe. Die Verwaltung erläutert den vorgeschlagenen Ablauf, der mit der Errichtung einer Cafeteria am Standort der Grundschule Am Reesenbüttel bereits begonnen hat. Als größte Grundschule im Stadtgebiet Ahrensburg wurde das vorgeschlagene Raumprogramm mit beiden Nutzern erarbeitet und abgestimmt. An dem Ergebnis lasse sich die gute Zusammenarbeit zwischen Schule und Hortträger erkennen. Bereits an der Grundschule Am Schloss konnte durch diese enge Zusammenarbeit ein ganzheitliches Raumprogramm entwickelt werden, dass den Bedürfnissen der Kinder, die oft acht Stunden und mehr in der Einrichtung verbleiben, Rechnung trägt.

Auf Anregung eines Stadtverordneten erklärt die Verwaltung, dass bei dem vorliegenden Raumkonzept eine evtl. zukünftige Erweiterung berücksichtigt wurde.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

6. Nutzung des Grundstücks Rudolf-Kinau-Str. 13 bis 17 für die Hortbetreuung

Die Verwaltung berichtet über den bisherigen Werdegang. Aufgrund der hohen Anmeldezahlen für einen Hortplatz zum Sommer 2014/2015 wurde auf der vergangenen Sitzung die Erweiterung des AWO Hortes Am Reesenbüttel um fünf weitere Hortgruppen beschlossen. Diese Gruppen können nicht mehr in den Räumlichkeiten der Schule oder/und des Hortes untergebracht werden, sodass die Standortfrage durch die Verwaltung vorgeschlagen werden sollte. Hierbei stehen zwei Standortvarianten zur Verfügung.

Die Verwaltung schlägt nun in Abwägung aller Aspekte die Variante, Gemeindehaus in der Rudolf-Kinau-Straße, vor.

Obwohl die Alternativlösung der gekauften Container am Standort der Grundschule Am Reesenbüttel auf der Basis einer fünf Jahreskalkulation die preiswertere Variante ist, sprechen für die Verwaltung ausschlaggebende Gründe für die Rudolf-Kinau-Straße. Dieses sind insbesondere eine Entzerrung der aktuellen Situation im Hort, der ab Sommer 2014 über 200 Kinder betreut. Um den Bedürfnissen der Kinder und dem damit zusammenhängenden Raumbedarf in der nachschulischen Betreuung auch gerecht werden zu können, sind die Räumlichkeiten in der Rudolf-Kinau-Straße besser geeignet, als das Aufstellen von Containern auf dem Schulgelände. Dieses ist insbesondere vor dem Hintergrund zu sehen, dass mit dem Abriss des Altbauflügels und der Errichtung des kombinierten Klassen- und Hortraumanbaus durch die Baustelle selbst und den Schulraumbedarf, ab 2015 weitere Klassenraumcontainer benötigt werden, die auf dem Schulgelände stehen müssen.

Des Weiteren ermöglicht ein Erbbaupachtvertrag über das Gemeindezentrum der Stadt, für 99 Jahre die tatsächliche Verfügungsgewalt über das Grundstück. Die Kirche habe bereits durch eine eingeholte Bauvoranfrage signalisiert, das Grundstück ggf. auch anders zu verwerten. In diesem Fall wäre der Standort für eine gemeinnützige Nutzung verloren.

Die Verknüpfung mit dem Grundstück Wulfsdorfer Weg ist aus Sicht der Verwaltung ein gutes Angebot an die Kirche. Es mindert nicht allein den Erbbauzins für die Stadt, sondern schafft in der Zukunft klare Verhältnisse auf beiden Seiten.

Unabhängig von der heutigen Beschlussfassung über den Standort im Sozialausschuss ist die Entscheidung in der Stadtverordnetenversammlung am 14.04.2014 und betreffend die Ausgestaltung des Erbbaurechtsvertrages am 15.04.2014 im Finanzausschuss zu treffen.

Würde dem Beschlussvorschlag zum Erbbaurechtsvertrag nicht zugestimmt, hieße das, dass der Alternativvorschlag (Kauf von Containern und Standort Schulgelände) zum Tragen käme. Dieses ist die Konsequenz des Zeitfensters für die Verwaltung, die notwendigen Räumlichkeiten für die beschlossene Horterweiterung tatsächlich nur rechtzeitig errichten zu können, wenn noch im April 2014 die Maßnahme beschlossen wird.

Es besteht bei den Ausschussmitgliedern weitestgehend Einvernehmen darüber, dass das Verhandlungsgebaren und Taktieren der Kirche in dieser Angelegenheit missbilligt wird. Dennoch sehen die meisten Ausschussmitglieder im Vorschlag der Verwaltung die Chance zum Wohl der Hortkinder und zukünftiger gemeinnütziger Nutzungsmöglichkeiten für die Einwohner der Stadt, diesen Standort für die nächsten 99 Jahre zu sichern. Allein vor diesem Hintergrund würden sie dem Verwaltungsvorschlag zustimmen können.

Die SPD-Fraktion spricht sich entschieden gegen den Vorschlag der Verwaltung aus. Sie begründet ihre Haltung mit den geringeren Kosten der Containerlösung, wie auch mit der vertraglichen Verknüpfung der Grundstücksangelegenheit Wulfdorfer Weg.

Sie bedauert, dass auf diese Weise eine langjährig von der Kirchengemeinde ausgeübte vertragliche Zuwiderhandlung legitimiert würde. Vielmehr solle die Stadt alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um die Kirche hier in die Pflicht zu nehmen und Ersatzansprüche zu realisieren. Auch die Differenz zwischen den Bodengutachten ist aus Sicht der Fraktion durchaus verhandelbar und nicht einfach hinzunehmen. Insgesamt müsse hier das Interesse der gesamten Stadt gesehen werden und nicht allein auf die aktuelle Situation des Hortes und der Schule geschaut werden. Deshalb hält die Fraktion eine positive Beschlussfassung über den Vorschlag der Verwaltung politisch nicht für vertretbar.

Die Fraktion stellt daher den Änderungsantrag, zunächst über den Alternativvorschlag (Containerkauf) abzustimmen.

Abstimmungsergebnis: 2 dafür 7 dagegen

Anschließend wird über die Beschlussvorschläge 1. und 2. der Vorlage abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: 7 dafür 2 dagegen

7. Auswertung der Elternbefragung zum Bedarf an nachschulischer Betreuung ab der 5. Klassenstufe

Die Beschlussvorlage über die Auswertung der Elternumfrage zum Bedarf der nachschulischen Betreuung ab der 5. Klassenstufe wurde im Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss bereits vorgestellt und einstimmig beschlossen. Die Verwaltung erläutert die Auswertung und hebt hervor, dass insgesamt nur elf Eltern sich für eine ausschließliche Hortbetreuung ausgesprochen haben. Der Schwerpunkt der Elternwünsche bestand zum einen in einer Ferienbetreuung, in einer Hausaufgabenbetreuung und in einer Verlässlichkeit, die auch durch eine Ganztagsschule abgedeckt werden könnte.

Im Hinblick auf Bedarf und Kosten schlägt die Verwaltung vor, zunächst entsprechende Konzepte zu entwickeln und vorzustellen.

Sozialausschussmitglieder regen an, die schon bestehende Jugendarbeit und Freizeitangebote zu beachten. Zum einen sollen nicht doppelte Angebote und Kosten entstehen, zum anderen soll das Angebot nicht mit dem bestehenden Angebot in Ahrensburg (Jugendhäuser, Sportvereine, Pfadfinder etc.) konkurrieren.

Insgesamt muss das nachschulische Angebot von den Schulen selbst akzeptiert und getragen werden. Es muss den Kindern etwas bringen und für die Eltern eine Verlässlichkeit haben, die diese sich wünschen.

Herr Ropers merkt hierzu an, dass die Angebote an jede einzelne Schule angepasst sein müssen, um diese Akzeptanz, Qualität und Verlässlichkeit zu erzielen. Derartige Angebote werden in jedem Fall Geld kosten, das zusätzlich in die Hand genommen werden muss.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

8. Kenntnisnahmen

8.1 Sachstand Asylbewerber in Ahrensburg

Die Verwaltung berichtet über die aktuelle Quote für Ahrensburg.

Zudem weist sie darauf hin, dass der Kreis die Erweiterung der Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber verworfen hat. Stattdessen sollen die Kreisverwaltung zusammen mit den Migrationsberatungsstellen Projekte entwickeln, um Asylbewerber in den Unterkünften der Gemeinden besser zu betreuen.

In Ahrensburg werden die vorhandenen Möglichkeiten zur Unterbringung von Bewerbern in 2014 voraussichtlich noch ausreichen. Da mit einem Abriss der Flüchtlingsströme und Zuweisungen jedoch nicht zu rechnen ist, muss die Stadt für 2015 neue Standorte für entsprechende Unterkünfte finden.

Hierzu bittet ein Ausschussmitglied beim Bau neuer Unterkünfte verschiedene Bauweisen und Materialien zu prüfen und zu vergleichen.

Zudem hat sich in Ahrensburg der "Freundeskreis Flüchtlinge" - initiiert durch das Netzwerk Migration und Integration - gegründet. Bürgerinnen und Bürger der Stadt wollen hier schnell, unmittelbar und unbürokratisch den Asylbewerbern Hilfen im Alltag anbieten.

Die Verwaltung weist abschließend auf den hohen Belastungsdruck für die örtlichen Verwaltungsmitarbeiter hin, der auch durch die genannten Maßnahmen kaum abnehmen wird.

8.2 Kita Adolfstraße/Sachstand nachbarschaftliche Beschwerde

Die Verwaltung teilt mit, dass das eingeholte Lärmgutachten ergeben hat, dass alle Werte unterhalb der Grenzwerte liegen. Gemäß Gutachten besteht kein objektiver Bedarf für Lärmschutzmaßnahmen. Der subjektiv als Belästigung empfundene "Lärm" kann allenfalls durch sehr aufwendige und teure Lärmschutzwände vom Nachbarschaftsgrundstück ferngehalten werden.

In Ermangelung eines Anspruchs wird die Verwaltung der Anwohnerin mitteilen, dass von Seiten der Stadt Ahrensburg keine Lärmschutzwand errichtet wird. Zugleich wird die Verwaltung den fehlenden Sichtschutz durch neue Anpflanzungen zum Nachbargrundstück herstellen.

8.3 Gruppenerweiterung am Hort Am Aalfang

Die Verwaltung teilt mit, dass nach Auswertung der Hortplatzanmeldungen zum Sommer 2014 am Standort Hort Am Aalfang eine neue Ganztagsgruppe und eine Dreiviertelgruppe in Betrieb gehen.

Der Umbau des ehemaligen Kinderhauses Ahrensburg beginnt am 16.04.2014, sodass die Horträume schnellstmöglich auch bezogen werden können.

8.4 Verwendungsnachweis der Seniorenarbeit im Tobias Haus

Anliegender Verwendungsnachweis (vgl. Anlage) über die Seniorenarbeit im Tobias Haus zur Kenntnisnahme.

8.5 Grundsteinlegung Kita Erlenhof

Die Verwaltung teilt vorab mit, dass die Grundsteinlegung für die Kita Erlenhof am 23.04.2014 um 14:00 Uhr angesetzt wurde. Die Ordentlichen Mitglieder des Sozialausschusses werden noch per Einladung unterrichtet.

8.6 Gründung von Familienzentren

Die Verwaltung verteilt die Einladung des Kreises zu einer Fachtagung über die Weiterentwicklung von Kindertageseinrichtungen und Gründung von Familienzentren. Die Einladung richtet sich auch an interessierte Kommunalpolitiker/-innen.

Im Zusammenhang mit der Errichtung von Familienzentren wird auch das Eckpunktepapier des zuständigen Landesministeriums (vgl. Anlage) den Protokoll beigefügt.

9. Verschiedenes

9.1 Fragen zur Containerbeschaffung

Herr Harz vom Seniorenbeirat möchte wissen, warum die Stadt für die Hortkinder keine gebrauchten Container kauft. Die Verwaltung erklärt hierzu, dass es zwar Anbieter hierfür gäbe, aber die Schwierigkeit darin besteht, zu einem bestimmten Zeitpunkt (Zeitpunkt X) eine bestimmte Anzahl gleicher/gleichwertiger Container zu bekommen.

9.2 Demotag der Vereinigung "Wir sind Bürger"

Stadtverordneter Dähnhardt lädt zum Demotag der Vereinigung "Wir sind Bürger" am 14.05.2014 vor dem Ahrensburger Rathaus ein.

9.3 Neuer Standort DRK

Auf Nachfrage wird berichtet, dass das DRK neue Räumlichkeiten am Rondeel gefunden und bezogen hat. Das Angebot Kleiderkammer wurde in Ahrensburg aufgegeben.

9.4 Erhöhung der Kitabeiträge

Ein Stadtverordneter regt an, die Elternbeiträge entsprechend der im öffentlichen Dienst vereinbarten Tariferhöhung anzupassen. Die Verwaltung erklärt hierzu, dass sie derzeit alle Betriebskostenabrechnungen prüft, welche Grundlage für die Erhebung der Elternbeiträge sind. Auf der Basis der in Ahrensburg beschlossenen 38 % Elternanteil zeichnet sich eine bemerkbare Kostensteigerung ab. Grund hierfür ist auch, dass die Beiträge in den letzten Jahren nicht angepasst wurden. Näheres hierzu möchte die Verwaltung im Mai vorstellen.